Nr. 379 • Ausgabe B Nr. 173
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 379

Abend-Ausgabe

Freitag, 15. August 1919
48. Jahrgang

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Ein englisches Weißbuch über den Friedensschritt des Papstes

Ein ablehnendes französisches Memorandum.

Amsterdam, 15. August. (W. T. B.)

Die englischen Blätter vom 13. August melden, daß ein Weißbuch veröffentlicht worden ist, welches die Korrespondenz, die im Zusammenhange mit den vom Papst im August 1917 gemachten Friedensvorschlägen geführt wurde, enthält. Von besonderem Interesse in dem Weißbuche ist ein Memorandum, das der französische Geschäftsträger am 27. August Lord Robert Cecil überreichte. Darin heißt es: „Monsieur Ribot bittet mich, Ihnen seine Befürchtungen mitzuteilen und zu erklären, daß er nicht zulassen kann, daß er auf den Weg geführt werde, von dem der Vatikan anscheinend wünscht, daß er ihn beschreite. Er erwartet, daß die britische Regierung seine Ansicht teilt und dem Grafen de Salis Instruktionen geben wird, um alle weiteren Versuche des Kardinalstaatssekretärs, die auf eine halboffizielle Intervention zwischen den Kriegführenden hinzielen, zu entmutigen."

Noch keine Kabinettsbildung in Ungarn.

Nach heute mittag hier eingetroffenen Wiener Nachrichten war bis heute früh in Wien über die Konstituierung des neuen ungarischen Kabinetts noch nichts bekannt. Weder einausgesprochen reaktionäres Kabinett Friedrich, noch ein Kabinett Heinrich, unter Mitwirkung der Sozialisten, noch ein Kabinett Lovaszy schien danach bisher zustande gekommen zu sein.

Die Antwort der rumänischen Regierung.

Amsterdam, 15. August. (W. T. B.)

Das Reutersche Bureau meldet aus Paris: Der Oberste Rat hat sich in seiner gestrigen Nachmittagssitzung mit der Antwort der rumänischen Regierung befaßt. Die Antwort erhebt in höflichem Tone Einspruch gegen die Beschuldigung, daß Rumänien sich gegenüber Ungarn Verbrechen habe zuschulden kommen lassen, und daß es sich von den Alliierten trennen wolle. Rumänien ist der Ansicht, daß es im Hinblick darauf, daß es selbst ausgeplündert worden ist, sein gutes Recht ist, sich mit den Vorräten, die es in Ungarn angetroffen hat, zu versorgen. Ungarn habe noch einen Ueberschuß, den es ausführen könne. Rumänien erklärte fernerhin, daß es die Bevölkerung von Budapest, die vor der Ankunft der rumänischen Truppen vor Hunger umkam, mit Lebensmitteln versorgte.

Versailles, 15. August. (W. T. B.)

Gestern um 5 Uhr nachmittags ist der Oberste Rat zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten, um über die rumänische Note zu beraten. Den Vorsitz führt der Minister des Aeußern Pichon. Der Verhandlung wohnt als Vertreter des Marschalls Foch, der sich in Urlaub befindet, General Weygand bei. Der Rat wird sich gleichzeitig mit dem förmlichen Widerspruch der tschechoslowakischen Regierung gegen die Wiedereinsetzung eines Habsburgers in Ungarn zu beschäftigen haben.

Haag, 15. August.

Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste alliierte Rat hat die Berichte der Kommission der Ententegenerale aus Budapest erhalten und behandelt. Der Oberste Rat hat der Kommission der Ententegenerale in Budapest mitgeteilt, daß sie keinerlei Befugnisse habe, dem rumänischen Heere Befehle zu erteilen, da der Rat diese Macht für sich zu behalten wünsche. Die Generale dürfen zwar die ihnen von Erzherzog Joseph zugestellten Mitteilungen entgegennehmen, doch bedeutet dies nicht, daß der Rat die Absicht habe, die gegenwärtige Regierung anzuerkennen. Bevor das neue Regierungssystem anerkannt werden könne, müsse es durch eine Volksabstimmung bestätigt werden. Sobald die vorzunehmenden Wahlen die Regierungsform in Ungarn festgelegt haben, würde der Oberste alliierte Rat seine endgültige Entscheidung treffen.

Amsterdam, 15. August. (W. T. B.)

Den englischen Blättern vom 13. zufolge erklärte Bonar Law in der Unterhaussitzung vom 12. auf die Anfrage Kemworthys, ob die Regierung die Versicherung geben könne, daß keine ungarische Regierung anerkannt werden würde, die nicht aus freien Stücken von dem ungarischen Volke erwählt worden ist, diese Forderung könnte seines Erachtens nicht gestellt werden. England könne nur seine eigene Regierung und nicht die Regierung eines anderen Landes kontrollieren.

Persien unter englischem Protektorat?

Ein angebliches Abkommen zwischen England und dem Schah von Persien.

Versailles, 14. August. (W. T. B.)

In auffallender Weise verbreiten „Temps" und „Journal des Débats" die Nachricht, daß der Schah von Persien infolge eines mit England abgeschlossenen Abkommens und der deshalb in Teheran entstandenen Unruhe nach Europa abgereist sei. Durch das Abkommen wird Persien, obzwar ihm Unabhängigkeit und Integrität zugestanden wurden, unter englisches Protektorat gestellt. Die persischen Finanzen und die persische Armee kommen unter englische Kontrolle. England stellt Instruktoren und liefert moderne Waffen. Kein Staat außer ihm darf noch Beamte nach Persien entsenden. England gewährt Persien eine Anleihe von ungefähr einer Milliarde Francs, leistet aber vorerst nur zwei Millionen Pfund Sterling Anzahlung, eine Summe, die „Journal des Débats" als in keinem Verhältnis zur politischen Bedeutung des Vertrages stehend bezeichnet. England sichert Persien auch Beistand zu, um gerechte Entschädigungen sowie territoriale Wiederherstellungen zu erlangen, die im gemeinsamen Interesse Englands und Persiens liegen. Die persische Delegation, die sich seit Januar in Paris befindet, ist aufgelöst worden. Zum neuen persischen Minister des Aeußern wurde Prinz Firouze Mirza ernannt, der das Abkommen unterzeichnet hat und den Schah auf seiner Reise nach Europa begleitet.

„Temps" stellt fest, daß die Forderungen der persischen Regierung an die Friedenskonferenz niemals weder vom Obersten Rat der Alliierten noch von der interalliierten Kommission behandelt worden seien. „Journal des Débats" bemerkt, Persien füge sich nunmehr in das englisch-indische System ein. Die englisch-indischen Agenten hätten diesen Vorstoß machen können, denn in dem leeren Raume, den sie vor sich hätten, baue sich das neue britische Protektorat auf. Während sich die Friedenskonferenz, ohne Entscheidungen zu finden, um die Fragen in Mitteleuropa bemühe, erziele eine Politik, die wisse, wie große Vorteile sie aus dem Kriege ziehen könne, Erfolge und sehr große Veränderungen im Orient durch. „Journal des Débats" hofft, daß Frankreich durch Zugeständnisse in anderen Teilen des Orients werde entschädigt werden, spricht aber seinen Wunsch in resignierter Form aus.

Die Heimsendung der deutschen Kriegsgefangenen.

Amsterdam, 15. August.

Englischen Blättern vom 13. August zufolge erklärte Churchill in der Unterhaussitzung vom 13. August, das britische Kriegsamt habe wiederholt um die Erlaubnis nachgesucht, die deutschen Kriegsgefangenen heimsenden zu dürfen. Er bedaure sehr, daß es dem Kriegsamt bisher nicht gelungen sei, von dem Obersten Rat die Ermächtigung zu erhalten, mit der Heimsendung der deutschen Kriegsgefangenen zu beginnen.

Das Schicksal des Feldmarschalls Mackensen.

Wie die „P. P. N." an zuständiger Stelle erfahren erklärt eine neuerliche französische Note ausdrücklich, daß Marschall Mackensen erst nach Saloniki überführt werden wird, nach dem er zuvor in Eutak den Besuch des Schweizer Generalkonsuls in Belgrad empfangen hat. Mit Bezug auf den Zeitpunkt der Heimsendung des Marschalls Mackensen sagt die Note, daß General d'Esperey aufgefordert worden ist, Verfügungen zu treffen, um die Heimsendung Mackensens mit größtmöglichster Beschleunigung durchzuführen, so bald die allgemeine Abbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen eingesetzt haben wird. Der englische General Hafing hat persönlich versprochen, sich in London für beschleunigte Heimschaffung des Feldmarschalls zu verwenden.

Die Vermögensabgabe und die Entente.

Eine Anfrage Dr. Friedbergs an Erzberger.

Staatsminister a. D. Dr. Friedberg sendet uns die nachstehenden Zeilen:

Von verschiedenen Seiten, auch von mir, ist die Behauptung aufgestellt worden, daß die Vermögensabgabe dem Zugriff der Entente ausgesetzt sei und deshalb zurzeit ihren Zweck, die Abbürdung der deutschen Kriegsschuld, nicht erfüllen könne. Reichsfinanzminister Erzberger hat dies zweimal ohne Angabe von Gegenbeweisen bestritten. In seiner letzten Rede sagte er wörtlich:

„Nach dem Friedensvertrage kann und darf der Feind unter keinen Umständen auf irgend eine Einnahmequelle, also auch nicht auf das Reichsnotopfer Beschlag legen."

Ich fordere ihn nunmehr öffentlich auf, sich mit folgender Bestimmung des Friedensvertrages auseinanderzusetzen. In der Anlage 2 zum Artikel 233 § 12, Absatz b, heißt es wörtlich über die Befugnisse der Wiedergutmachungskommission:

„In regelmäßiger Wiederkehr schätzt der Ausschuß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands ab und prüft das deutsche Steuersystem, und zwar: 1. damit alle Einkünfte Deutschlands, einschließlich der für den Zinsendienst und die Tilgung seiner inneren Anleihen bestimmten, vorzugsweise zur Abtragung der Wiedergutmachungsschuld verwendet werden; 2. um die Gewißheit zu erlangen, daß das deutsche Steuersystem im allgemeinen im Verhältnis vollkommen ebenso schwer ist als dasjenige irgendeiner der im Ausschuß vertretenen Mächte."

Das deutsche Volk hat ein Recht darauf, diese Frage restlos klargestellt zu sehen.

Staatsminister Dr. **Friedberg.**

Beschaffungsbeihilfe für Beamte.

(Telegramm.)

Weimar, 15. August. (W. T. B.)

Die Reichsregierung hat heute beschlossen: Es soll vorbehaltlich der Zustimmung der Nationalversammlung **allen Beamten eine einmalige Beschaffungsbeihilfe** gewährt werden, und zwar in Höhe von 1000 Mark für kinderlos Verheiratete und von 600 Mark für Ledige. Daneben sollen für jedes zu berücksichtigende Kind 200 Mark gezahlt werden. Die Beihilfe ist in zwei gleichen Raten im September und Dezember dieses Jahres fällig. Die Grundsätze über die Gewährung laufender Teuerungszulagen werden dahin geändert, daß die **Kinderzulagen** vom 1. September ab einheitlich auf 50 Mark festgesetzt werden. Die anwesenden preußischen Minister haben sich bereit erklärt, eine gleiche Vorlage für die Landesversammlung dem Staatsministerium zur sofortigen Beschlußfassung zu unterbreiten.

Abbauen!

Von **Dr. Iemar Freund.** [Nachdruck verboten.]

Den nachstehenden Artikel veröffentlichen wir als interessanten Beitrag zur Diskussion, ohne uns mit den Ausführungen des Verfassers ganz identifizieren zu wollen. Die Redaktion.

Vor Monaten habe ich an dieser Stelle die Forderung „Abbauen!" erhoben und bestimmte Vorschläge gemacht. Eine Reihe von ihnen ist von der Praxis aufgenommen worden. Andere sind noch unerfüllt. Das gilt insbesondere für den geforderten Abbau unserer Währungsverhältnisse. Diese Forderung ist im Augenblick dringender denn je angesichts des vorliegenden Entwurfs eines Reichs-Vermögensabgabegesetzes. Dieser Entwurf hat zu schwersten Bedenken Anlaß gegeben und mancherlei Kritik erfahren. Es soll hier nicht wiederholt werden, was schon häufig ausgesprochen worden ist. Nur eines muß gesagt werden: ein unüberwindliches Bedenken gegen den Plan liegt in seiner Ungerechtigkeit. Daß einschneidende Vermögensminderungen stattfinden müssen, ist eine Selbstverständlichkeit. Es gibt niemanden, der ernsthaft dagegen Einspruch erhöbe. Aber die geplante Vermögenseinziehung ist — in der Wirkung, nicht der Absicht — geradezu unsittlich, da sie nur die Ehrlichen und Anständigen trifft und die Gauner und Schieber schont. Sie erfaßt den alten, ehrlichen Besitz und den redlichen Kaufmann, denjenigen, der wahrheitsgetreu sein Vermögen angibt, und den, der bei ordnungsmäßiger Führung der Bücher auf die Richtigkeit seiner Angaben kontrolliert werden kann. Die Schieber aber und Betrüger, die Kriegsgewinnler und die Händler von hintenherum, die ungeheure Summen auf jede mögliche Weise versteckt und verschoben haben, die nicht im Traume daran denken, eine wahrhaftige Vermögenserklärung abzugeben und tausend Meineide schwören, ehe sie sich von ihren Schätzen trennen, sie alle gehen durch die Maschen. Der Erfolg wäre eine Umschichtung des Kapitalistentums, die weder als wirtschaftlicher noch moralischer Gewinn angesprochen werden könnte.

Bei dieser Sachlage muß gefragt werden: Gibt es einen Weg, der zum erwünschten Ziele der Entlastung des Reiches führt, ohne daß Bedenken solcher Art mit in Kauf genommen werden müssen? Ich glaube, daß der von mir gemachte Vorschlag vielleicht einen derartigen Weg darstellen könnte, und ich will deshalb noch einmal ausführlicher darauf zurückkommen.

Wenn ich die Forderung gestellt habe: „Fort mit der Notenmakulatur und Zurückführung des Geldes auf seinen wahren Wert durch Einziehung des überschüssigen Papiergeldes", so habe ich nicht an einen einseitigen Eingriff in das Umlaufende Papiergeld gedacht. Denn das wäre nicht Gerechtigkeit, sondern bare Willkür und Gewalt. Es wäre einfach ungeheuerlich, wollte man dem Kaufmann, der 100 000 Mark in Banknoten liegen hat, 50 000 davon wegnehmen, während dem Rentner seine Hypothekenforderung in gleicher Höhe ungeschmälert bliebe. Es wäre dies eine Ungerechtigkeit, nicht nur gegenüber dem Rentner, sondern nicht minder auch gegenüber dem Grundbesitz. Denn dieser müßte unausbleiblich dem Bankerott entgegengetrieben werden, ließe man seine hypothekarischen Lasten unvermindert, während als unausbleibliche Folge des geforderten Preisabbaues die städtischen Mieten sowohl, als auch die Erträgnisse des ländlichen Grundbesitzes zurückgingen. Abbau unserer Währungsverhältnisse heißt somit: „Abbau auf der ganzen Linie." Nicht nur des Bargeldes, sondern auch aller Geldforderungen, Hypotheken, Anleihen usw. Auf diese Weise würden alle durch den Abbau in gleicher Weise betroffen, und dadurch im letzten Grunde niemand. Denn die Kaufkraft des verbleibenden Geldes stiege im Verhältnis der Notenverminderung, und die 50 000 Mark nach dem Abbau hätten denselben Wert, wie die 100 000 vorher. Und auch die immobilen Werte würden automatisch mitgetroffen. Denn die Villa, die vor dem Kriege 150 000 Mark kostete, ist 300 000 nur wert, weil und solange der Kriegsgewinnler da ist, der diesen Preis dafür anlegen kann und will. Mit dem Augenblick, wo dieselben Interessenten infolge des verminderten Notenkapitals nur noch 150 000 Mark dafür zahlen können, ist der Wert der Villa automatisch auf diesen Satz herabgedrückt. Das gleiche gilt für die Perserteppiche, die Bilder und all die anderen, von dem Kriegsreichtum begehrten Gegenstände. Auf finanztechnische Einzelheiten, wie die Behandlung des in ausländischem Besitz befindlichen deutschen Geldes und unseres Besitzes an ausländischen Werten, soll hier nicht näher eingegangen werden. Unüberwindliche Schwierigkeiten ergeben sich daraus jedenfalls nicht. Die Frage ist: Was bedeutet ein derartiger Abbau für die Finanzpläne des Staates? Gesetzt den Fall, es erfolgt ein Abbau um 50 %, so entbürdet sich der Staat nicht nur um diesen Teil seiner Notenschuldenlast. Sondern von 100 Milliarden verzinslicher Anleihen stößt er 50 Milliarden ohne weiteres ab. Ohne zu dem anrüchigen, weil ungerechten und feierlichsten Versprechungen widersprechenden Mittel der Annullierung greifen zu müssen. Er gelangt so zu dem erstrebten Ziele, auch ohne die schweren sittlichen Bedenken der anderen Pläne. In strengster Gerechtigkeit. Niemand entgeht seinem Schicksal, der raffinierteste Schieber so wenig wie der peinlichste Ehrenmann, und der versteckteste Bauernstrumpf bietet so wenig Unterschlupf wie das solideste Bankkonto.

Weiter: Bei der Ungeheuerlichkeit der anzufordernden Summen wäre es nach dem Regierungsplan wohl unerläßlich, daß an Stelle von Bargeld Wertpapieren usw. auch Wertgegenstände anderer Art, insbesondere Kunst- und Luxusgegenstände in Zahlung genommen werden müßten. Was bedeutet das in der Praxis? Das Bild, das der Kriegsgewinnler für 10 000 Mark gekauft hat, ist so lange diesen Preis wert, als es einen Käufer dafür findet. Andernfalls ist es

wertlose Leinwand. Muß das Reich nun ungeheure Massen von Luxusgegenständen mannigfaltigster Art in Zahlung nehmen, so verlieren zwar die Zahler ihre Werte, der Staat aber gewinnt sie nicht. Sie zerrinnen ihm mangels entsprechender Abnehmer unter der Hand, und das Endergebnis ist eine Minderung des Nationalvermögens und eine Schädigung des Staates nicht minder wie der Steuerzahler. Bei dem von mir gemachten Vorschlag entfällt dieses Bedenken. Es träte zwar eine Entwertung der Immobilien im Verhältnis des Geldaddaus ein. Aber sie würden nicht noch weiter dadurch entwertet, daß sie in Massen auf den Reichströdelmarkt geworfen werden.

Ein Einwand liegt nahe: „Der Vorschlag unterscheidet nicht. Er trifft alle in gleicher Weise und ist daher unsozial." Darauf ist zu erwidern: Das alles ist richtig. Aber darauf kommt es nicht an. Denn im Augenblick handelt es sich nicht um den sozialen Ausgleich, — den muß die auf dem neuen Grunde sich aufbauende Steuerpolitik schaffen — sondern, neben der Abbürdung der Lasten auf gerechter Grundlage, um einen moralischen Wert von ungeheurer Tragweite. Um das, was ich in meinem ersten Aufsatz als das Ziel der Maßnahme hingestellt habe: „die Abkehr von der Verlogenheit unseres Wirtschaftslebens und unserer Währungsverhältnisse." „Diese Verlogenheit — so sagte ich damals — ist unser Fluch. Wir sind bettelarm und wirtschaften, als ob wir im Golde wühlten. Wir haben ungezählte Milliarden verloren und tun, als ob die gleiche Summe uns ins Land geströmt wäre. Wir belügen uns selbst, indem wir Papier drucken und uns einreden, es wäre Geld." Die mit dem Abbau unserer Währungsverhältnisse bezweckte Abkehr von der Verlogenheit wird uns zur Erkenntnis unserer Lage bringen und uns zwingen, uns auf die harte Wirklichkeit einzustellen. Sie wird auch dem Blindesten die Augen öffnen, und jedem Einzelnen von uns täglich und stündlich eindringlich zum Bewußtsein bringen, daß wir eben einen wesentlichen Teil unseres Vermögens verloren haben; daß wir darum wieder von vorn anfangen müssen; daß wir uns einschränken, daß wir sparen, daß wir vor allem eins tun müssen: arbeiten, arbeiten, arbeiten!

Die Ratifikationsfrage im amerikanischen Senat.

Verschiebung der Völkerbundgründung.

Rotterdam, 15. August. (W. T. B.)

Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London, daß Lodges Aeußerungen über die japanische Gefahr in Amerika großen Eindruck gemacht haben. Lodges Aeußerungen wären der wirksamste und gefährlichste Angriff auf Wilsons Völkerbund. Es sei beinahe undenkbar, daß der Vertrag ohne Einschränkungen ratifiziert werde. Da sich Präsident Wilson entschieden geweigert habe, dem Senat über die Besprechungen auf der Friedenskonferenz Bericht zu erstatten, sucht der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten zu erreichen, daß Oberst House vor dem Ausschuß erscheint. Der Ausschuß betrachtet dies als die letzte Hoffnung, um über die Geheimnisse des Bundes Aufklärung zu erhalten.

Amsterdam, 15. August.

Das Reutersche Bureau meldet aus Washington vom 14. August, daß die Vereinigten Staaten Mexiko gewarnt haben, daß ein radikaler Wechsel der amerikanischen Politik eintreten würde, wenn die Regierung Carranzas es weiterhin unterlasse, die Amerikaner zu schützen.

Nach einer von den englischen Blättern vom 13. August gebrachten Reuter-Meldung aus Washington, erklärte Senator Lodge in seiner Senatsrede. Der Völkerbund sei nur eine Allianz, die augenblicklich von fünf, in Wirklichkeit von drei Großmächten beherrscht werde. „Dieser Bund zur Erzwingung des Friedens trägt zum Zwang und sehr wenig zum Frieden bei."

Versailles, 14. August. (W. T. B.)

Nach „Liberté" wird der Völkerbund seine konstituierende Versammlung nicht im Herbst, sondern erst zu Beginn des kommenden Jahres abhalten. Nach dem gleichen Blatt wird demnächst in Paris eine Konferenz zusammentreten, die alle die Fragen behandeln soll, die sich zwischen den neuen europäischen Staaten und in Kleinasien ergeben haben.

Bonar Law über Greys Washingtoner Mission.

(Telegramm.)

Amsterdam, 15. August. (W. T. B.)

Drahtlos wird aus London gemeldet. Bonar Law antwortete auf die Frage eines Parlamentsmitgliedes, ob die Lord Grey gegebenen Instruktionen für seinen neuen Posten teilweise dahin lauten werden, zu versuchen, die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und England durch die Regelung der irischen Frage und die Versöhnung der Irländer besser zu gestalten, er sei überzeugt, daß Grey alles tun werde, was in seiner Macht liege, um in jeder Hinsicht, wo dies notwendig sei, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern verbessern zu helfen.

Der Bericht über die Niederlage von Caporetto

Die Anklage gegen Cadorna.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Lugano, 15. August.

Der bereits im Auszug veröffentlichte Enquetebericht über Caporetto füllt die Spalten der gesamten italienischen Presse. Mit zu den Gründen für die Niederlage hatten die Nationalisten zwei Aeußerungen gerechnet, die aus dem Vatikan, wie aus dem Lager der Sozialisten gefallen waren. Der Papst hatte nämlich gesagt, „es sei Zeit, dem nutzlosen Gemetzel ein Ende zu machen", und der Sozialist Treves hatte in der Kammer gerufen „kein Winter mehr in den Schützengräben!" Beide Worte liefen an der Front um, und wirkten lähmend auf die Stimmung ein. „Aber," so stellt die Enquete fest, „sie waren ohne böse Absicht getan, und man darf sie nicht für die Ursachen der Katastrophe halten". Die Stimmung an der Front war aus zahlreichen Gründen so gedrückt, daß der Kriegsminister erklärte: „Das ist ja ein wahrer Soldatenstreik!"

Ueber die Heeresleitung liest man in dem Bericht schwere Anklagen: Cadorna hält sich für unfehlbar. Er ist von namenlosem Ehrgeiz beseelt, und wer seiner Eitelkeit nicht schmeichelt, wer ein eigenes Urteil und eigene Initiative hat, gilt ihm als verdächtig. Mit der Regierung verkehrt Cadorna oft im schroffsten Tone. 900 Offiziere, die ihm zu selbständig erscheinen, setzt er ohne weiteres ab und verbreitet oben und unten im Heere Schrecken. Den Premier Boselli nahmt Cadorna immer wieder zu drakonischer Strenge gegen die Defaitisten und kündigt seinerseits Massenerschießungen an, um die durch die Sozialisten und Defaitisten verschuldete üble Stimmung im Heere zu bemeistern. Namentlich Sizilien wimmle von über 20 000 gefährlichen Refraktären und Deserteuren. Aber auch in Toskana, Emilia, Romagna, sogar in der Lombardei werde schamlos kriegsfeindliche Propaganda getrieben. Als Radikalmittel hiergegen gebe es nur Dezimierungen im weitesten Umfang. Die ihm unbequemen Besuche des Ministers Boselli im Hauptquartier verbittet der Generalissimus sich. Von seinem Allmachtsgefühl zeugt ein Brief, worin Cadorna schreibt: „Ein Wort von mir und diese ganze Gesellschaft von Intriganten (gemeint ist das Ministerium) fliegt in die Luft". Damit sind die Kriegsberichterstatter, denen jedoch der Ausschußbericht vorwirft, daß sie durch Cadornes Verhimmelung nur seinen Hochmut und seine gefährliche Verblendung nährten. Ueber Oberst Boccacci, den Generalstabschef des 4. Armeekorps, bringt der Bericht ein kurioses Sündenregister. Boccacci wird des sittenlosen Lebenswandels und des selbstherrlichen Auftretens bezichtigt. Außerdem soll er sich über die deutsche Kultur und die deutsche Organisation geradezu enthusiastisch geäußert und mit Freunden Oesterreichs, darunter einem slowenischen Priester, verkehrt haben.

„Corriere della Sera" beklagt die Veröffentlichung des Berichtes, der die Instinkte kranthaftester Selbstzerfleischung wecke und die Bedeutung des Sieges Italiens vor Italien und vor dem Auslande herabsetze. „Stampa" sagt, der Enquetebericht habe die wahnsinnigen Kriegshetzer blosgestellt. Jetzt wisse man, weshalb die Soldaten auf gewisse Kriegsberichterstatter schoßen. „Secolo" schreibt, die Spekulation der Neutralisten und Defaitisten mit Caporetto sei gescheitert. Das italienische Heer habe durch seinen Opfermut die Schuld Cadornas getilgt.

Der tote Leoncavallo.

Von [Nachdruck verboten.]

Hans Barth (Lugano).

Maestro Ruggerone — der „dicke Ruggero", wie man ihn in Theaterkreisen hieß — ist in Montecatini gestorben. Siebenundzwanzig Jahre noch . . . seinem Tode. Denn er hat nur ein ganz kurzes Leben gehabt. Am 7. Mai 1892 im Mailänder Dal-Verme-Theater geboren und an demselben Tage dort gestorben. Was aber dem ruhmvollen Lebensdienste seiner Kinder, der „Pagliacci" (Gajazzo) seinen Eintrittgab.

Wenn man sagen wollte, Ruggero Leoncavallos Verschwinden rufe in der italienischen Bühnenwelt schmerzliche Ueberraschung, tiefe Trauer hervor, so wäre das nicht die Wahrheit. Trotz der verschiedenen Opern und Operetten, die auf sein erstes, einziges, elementares Jugendwerk folgten, hatte Leoncavallo seine Rolle als führender Musiker ausgespielt. Man sprach und spricht von Mascagni (Ruggeros schlimmem Konkurrenten), von Puccini, der Leoncavallos „Bohème" durch eine Oper desselben Namens verdrängte, man sprach und spricht von anderen alten und neuen Meistern. Nicht so von Leoncavallo, der seinen „Bajazzo"-Ruhm in keinem anderen Werke auch nur teilweise zu galvanisieren vermochte. Und als er in seiner „Bohème" eine glänzende Arie geschaffen („io son' Ninni, la biondinetta"), da kam als Deus ex machina ein französischer Komponist und . . . beanspruchte das Vaterrecht an Nini für sich. Was zu sehr peinlichen Auseinandersetzungen mit metallischem Nachklang führte . . . Uebrigens nichts Neues in des Maestro Leben. Denn wie lauter Damoklesschwerter hingen immer alle unmöglichen Prozesse über seinem Haupte; bald beschuldigten ihn diese und jene Kritiker des Plagiats, bald wurden Erklärungen abgegeben, daß das betreffende Libretto (Leoncavallo war angeblich der Verfasser aller seiner Libretti) gar nicht von ihm, sondern von irgendeinem durchgefallenen Studio stammte und dergleichen. Aber zum Prozesse kam es, meines Wissens, nie. Immer zuckte der Maestro im letzten Augenblicke zurück.

Wer sich des beispiellosen Jubels entsinnt, den die „Pagliacci" seinerzeit in Italien und im Auslande hervorriefen, eines Jubels, der Mascagni vor dem Rivalen zittern ließ, der kennt auch die schwere Enttäuschung, die Leoncavallos anderen Opern folgte. Nicht eine einzige hielt sich auf der Bühne. Die „Medici" wurden wegen ihrer starken Anklänge an Wagner abgelehnt, den übrigen Opern ging es nicht viel besser. Und was der eigentlich nur im Berliner Schloß so recht entdeckte und gewürdigte Maestro mit seinem „Allerhöchst bestellten" „Roland von Berlin" erleben mußte, ist die Geschichte von gestern. Der Maestro selbst verwünschte später den Unstern, der ihn nach Berlin geführt, tat Buße in Sack und Asche, daß er für den Kaiser eine Oper geschrieben, und bei dem Protest gegen die Beschießung der Rheimser Kathedrale war ausgerechnet der Berliner Hofmusikus Ruggiero Leoncavallo der erste, der mit flammenden Worten den Protest unterschrieb! Eine Geste, die ihm in Italien, wo man in dieser Hinsicht sehr feinfühlig ist, wenig Achtung eintrug. Dort blieb er bis zuletzt der „Komponist des Kaisers", und alles Beteuern seiner Besserung, alles Versichern, daß er ein Opfer seiner Gutmütigkeit geworden und beim „Roland von Berlin" „nicht einen Heller verdient", half nichts. Ja, nicht einmal die Mitteilung, daß er alle Briefe, die ihm der Kaiser gesandt, verbrannt habe . . . Die öffentliche Meinung hatte Leoncavallo gerichtet. Und während er, um sich doch ja zu rehabilitieren, sogar einen Hymnus für Poincaré schrieb und ihn selbst dirigierte, brach die italienische Presse über den elastischen Künstler den Stab. Zu Worten, die wir (wir denken an das, was der streng entente-ffiziöse „Popolo d'Italia" am 29. April 1916 über ihn schrieb) nicht zu wiederholen wagen . . . So furchtbar und vernichtend klingen sie.

Von seinem Charakter abgesehen, war aber Leoncavallo der beste Mensch von der Welt. In Neapel geboren und aufgewachsen, am Konservatorium promoviert, in Bologna unter Carducci in die Literatur eingeweiht. Dann Musikdirigent in ägyptischen Diensten; bei Ausbruch der ägyptischen Wirren nach Paris geflohen und dort Fabrikant neapolitanischer Kanzonen à 10 Francs das Stück . . . Also vollständig Bohème, aus der ihn erst die Freundschaft der Sängerin Lisen Frandin erlöst. Diese setzt es durch, den Mailänder Musikpalast Sonzogno für die von der „Cavalleria rusticana" angeregten „Pagliacci" zu interessieren. Damit ist das Glück des Anfängers gemacht . . . Und über die schimmernde Brücke des Pagliacci-Ruhmes zieht er in das Reich des — Vergessens ein.

Kein Zweifel, daß sein von Leidenschaft durchflammtes Jugendwerk so lange über die Bühnen gehen wird wie die „Cavalleria rusticana" (oder wie man sie deutsch so schön nennt: „Die sizilianische Bauernehre"). Sonst aber wird man, von den Fachleuten abgesehen, sich stets mehr der grotesken Seiten des Maestro erinnern, seines vom Maccaronigenusse gerundeten Bäuchleins, seiner listig und lustig blinkenden Aeugleln und seines starr in die Höhe strebenden Haby-Schnurrbarts. Die einzige Erinnerung, die der Sänger des „Roland von Berlin" und an seinen ehemaligen Protektor und Wohltäter bewahren wollte . . .

Wissenschaftliche Nachrichten. Dem ordentlichen Professor an der Universität Halle, Geh. Justizrat Dr. Andreas v. Tuhr, wurde der Lehrstuhl für deutsches bürgerliches und römisches Recht an der Universität Würzburg angeboten. Geheimrat v. Tuhr gehört seit seiner Zeit dem ehrbarsten der Universität Halle als Nachfolger von Professor E. A. Fischer an. 1918 stand der Gelehrte als letzter Rektor an der Spitze der Straßburger Universität.

In Danzig-Zoppot ist Architekt Dr. Kurt Schottmüller im Alter von 48 Jahren einem Herzschlag erlegen. Gebürtiger Berliner, hat er besonders über Handel und Gewerbe im Regierungsbezirk Posen (1901) und den Polenaufstand 1906/1907 geschrieben.

Gesetzentwurf über Wochenhilfe und Wochenfürsorge.

(Telegramm unseres Sonderberichterstatter

E. D. Weimar, 15. Augu

Die beiden Regierungsparteien, die Sozialdemokraten und Zentrum, haben einen Initiativantrag über die Erhöhung der Wo Hilfe und Wochenfürsorge eingebracht, in dem es u. a. heißt:

a) Wochenhilfe: Der § 179 Abs. 1 der Reichsversicheru ordnung erhält folgenden Wortlaut: „Gegenstand der Versiche sind die in diesem Buche vorgeschriebenen Leistungen der Kran kassen (§ 225) an Krankenhilfe, Wochenhilfe, Sterbegeld und Familienhilfe."

An Stelle des § 195 der Reichsversicherungsordnung treten gende Vorschriften: 195a. Wöchnerinnen, die im letzten Jahre vor Niederkunft mindestens sechs Monate hindurch auf Grund der Re versicherungsordnung oder bei einer knappschaftlichen Kranke gegen Krankheit versichert gewesen sind, erhalten als Wochen

1. einen einmaligen Beitrag zu den Kosten der Entbindung Höhe von fünfzig Mark.

2. ein Wochengeld in Höhe des Krankengeldes für Wo von denen mindestens sechs in die Zeit nach der Niederkunft f müssen.

3. eine Beihilfe bis zum Betrage von zehn Mark für Hebam dienste und ärztliche Behandlung, falls solche bei Schwangersch beschwerden erforderlich werden.

4. solange sie ihre Neugeborenen stillen, ein Stillgeld in Höhe halben Krankengeldes bis zum Ablauf der zweiten Woche nach Niederkunft.

Wochengeld und Stillgeld sind auch für Sonn- und Feierta gewähren.

Neben Wochengeld wird Krankengeld nicht gewährt; die We nach der Niederkunft müssen zusammenhängen.

Die Satzung kann die Dauer des Wochengeldbezuges bis auf Wochen, des Stillgeldbezuges bis auf sechsundzwanzig Wochen weitern. Der Entbindungskostenbeitrag, der nach den in § zeichneten Bekanntmachungen und Verordnungen zu zahlen ist, von fünfundzwanzig Mark auf fünfzig Mark erhöht.

b) Familienhilfe: An Stelle des § 205 der Reichsversicheru ordnung treten folgende Vorschriften: § 205a. Versicheru freie Familienmitglieder der Versicherten, die mit diesen häuslicher Gemeinschaft leben, erhalten als Wochenhilfe die § 195a bezeichneten Leistungen. Dabei beträgt das Wochengeld Hälfte des Krankengeldes des Versicherten, das Stillgeld fünfundfie Pfennig täglich. Die Satzung kann den Betrag des Stillgeldes bis die Hälfte des Krankengeldes des Versicherten erhöhen.

Die Satzung kann nach § 205 b zubilligen:

1. Krankenpflege an versicherungsfreie Familienmitglieder Versicherten.

2. Sterbegeld beim Tode des Ehegatten oder eines Kindes Versicherten. Es kann für den Ehegatten bis auf zwei Drittel, ein Kind bis auf die Hälfte des Mitglieder-Sterbegeldes bem werden und ist um den Betrag des Sterbegeldes zu kürzen, auf der Verstorbene selbst gesetzlich versichert war.

c) Wochenfürsorge: Minderbemittelte Wöchnerinnen, für nach den vorstehenden Vorschriften kein Anspruch auf Wochen besteht, erhalten aus Mitteln des Reichs eine Wochenfürsorge. So nicht Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß eine Hilfe nicht nötigt wird, gilt als minderbemittelt

1. eine verheiratete Wöchnerin, wenn ihres Ehemanns und Gesamteinkommen in dem Jahre oder Steuerjahre vor der E bindung den Betrag von zweitausendfünfhundert Mark nicht ü stiegen hat. Dieser Betrag erhöht sich für jedes vorhandene K unter fünfzehn Jahren um zweihundertfünfzig Mark.

2. eine unverheiratete Wöchnerin, wenn sie oder die zur Gem rung ihres Unterhalts verpflichteten Verwandten bei Berücksichtig ihrer sonstigen Verpflichtungen außerstande sind, ohne Gefährd ihres standesgemäßen Unterhalts die Kosten der Entbindung so des Unterhalts der Wöchnerin für die ersten acht Wochen nach Entbindung zu bestreiten. Daß diese Voraussetzungen für Wöchnerin selbst zutreffen, ist in der Regel anzunehmen, wenn Gesamteinkommen in dem Jahre oder Steuerjahre vor der E bindung den Betrag von 1500 Mark nicht überstiegen hat. Vorschrift in Nr. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

3. Die Unterstützung im Falle des Abs. 2 wird, wenn es die V stände erfordern, auf Rechnung des Reichs vorschußweise gelei Dem Reich steht dann der Ersatzanspruch gegen die unter Ziffe bezeichneten Verpflichteten in der eben aufgeführten Reihenfolge

In der **Begründung** heißt es: Die Notwendigkeit eines höhten Schutzes für den deutschen Nachwuchs, wie er mit Leistungen der Kriegswochenhilfe bezweckt wurde, fällt mit der Beendigung des Krieges keineswegs fort. Sie besteht vielmehr dauernd weiter und fordert im Interesse des Staatswohls sorgfältige achtung. Die Antragsteller sind deshalb der Ansicht, daß eine R

Phantastisches Theater.

Berlin besitzt eine neue Bühne, die gestern abend unter der Leitu von Dr. Wilhelm Borchard eröffnet wurde. Sie nennt phantastisches Theater, liegt ein wenig abseits am Lietzensee und W lebendpark, dem die Fichten und Kiefern des Grunewalds benach sind, und will auch sonst abseits stehen von den anderen Stätten Ki tins, an denen Melpomene regiert. Musik, Tänze, Mezitation dramatische Kunst bietet das Programm. (Spielfolge steht auf Zettel.) Halb literarisch verfeinertes Kabarett, halb Ueberbrettl, alles mit einer neuen Note. Kein Wort, kein Wegweiser ist dem Haus Neue Kunststraße 21, in dem das phantastische Theater Domizil hat. Auf einer breiten, steinernen Treppe steigt man tief hinunter wie in Keller und befindet sich dann in ein hohen, saalartigen Gemach, dessen Wände mit dunklem Stoff ausspannt sind. Drei Schalen an der Decke schütten ein blasses Licht den Raum, der mit ein paar schönen, alten Bildern, einer Ar Truhe, kirchlichen Gewändern, Stolas, Madonnen und Heiligenstat geschmückt ist.

Mit einer japanischen Musik begann es. Dann nach ein Vorspruch von Hertha Hambach, in schickem Pag tokium stimmungsvoll vorgetragen, wurde eine dramati Kleinigkeit: „Der Abend" von Ferdinand Hart kopf aufgeführt. Die alte Geschichte von dem Verhältnis zwiste Mann und Dirne, die vor Jahren in der Literatur so oft ge wurde und Heiligenscheine um das Haupt der Dirnen flocht, nim Hardekopf wieder auf. Aber das kleine Stück ist nicht klar und kräft genug, und der tragische Schluß zwingt nicht zur Ueberzeugu Hans Schlettow und Heddy Sven bemühten sich nach bes Kräften um das Gelingen. In dem Einakter „Der Ueberfürchtenichts" von Frank Wedekind, der, so viel bekan bisher noch nicht aufgeführt worden ist, ein ähnliches Thema. Wi steht Mann und Weib im Mittelpunkt, das Weib, das immer und Schlange ist und stets über den Mann siegt und triumphie Die Hauptrolle spielte Resi Langer, die man vom Vortragsk kennt und schätzt. Hier jedoch blieb sie, ebenso wie ihr Partn Heinz Goltberg dem Wedekindschen Geist manches schuld Aber ihr Kostüm als Weib und Eva war durchaus echt und stilve Dann tanzte Lil Dagover Walzer mit viel Grazie u Temperament, und nach ihr rezitierte Resi Langer a „Ginggang", dem Nachklabband von Christian Morgen stern. Die Künstlerin ist die beste Interpretin des Dichters, w auch gestern war der Beifall einmütig und groß. Den Beschlu machte Schnitzlers Einakter „Hochzeitsmorgen", der von Eduard Rennecke, Hans Schlettow und Hertha Hambach flott, nur mit einer etwas vielleicht zu humoristisch Note gespielt wurde.

Karl Fischer.

wandlung der Reichsversicherungsordnung im Sinne einer umfassenden Mutterschafts- und Familienversicherung zu schnell wie möglich vorgenommen werden muß. Um aber die bis zur Durchführung einer derartigen Neuregelung verstreichende Zeit nicht vergehen zu lassen, ohne wenigstens einen Ersatz für die bisherige Kriegswochenhilfe zu schaffen, empfiehlt es sich, die in der Reichsversicherungsordnung vorgesehene Wochenhilfe und Familienhilfe nach dem Muster der Kriegswochenhilfe, die sich in bevölkerungspolitischer Hinsicht bewährt hat und namentlich für den Gesundheitszustand und die Sterblichkeitsziffer der Neugeborenen von günstigem Einfluß gewesen ist, zweckmäßig auszugestalten. Dabei ist zugleich darauf Bedacht zu nehmen, daß die Neuregelung alsbald nach der Beendigung des Krieges in Kraft tritt, damit zwischen dem Ablauf der Kriegswochenhilfe und der Einführung der neuen Wochenhilfe keine empfindliche zeitliche Lücke offen bleibt.

Ein neuer Vorstoß der Deutschnationalen gegen Erzberger.

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)

E. D. Weimar, 15. August.

Die deutschnationalen Abgeordneten Traub und Genossen haben folgende kleine Anfrage eingebracht: Von seiten der römischen Kurie ist durch den römischen Vertreter der Havasagentur einer Mitteilung vom 30. Juli festgestellt worden, daß der Reichsfinanzminister Erzberger die Vorgänge im September 1917 „ungenau dargestellt und falsch interpretiert habe". Die Mailänder „Italia" teilt unter dem 31. Juli mit, daß es sich nicht um ein englisches Friedensangebot, sondern um die Antwort der britischen Regierung auf die päpstliche Friedensnote gehandelt habe. Painlevé hat im Kammeraustausch des französischen Parlaments am 29. Juli die Unrichtigkeit der Erzbergerschen Darstellung behauptet. Die unmittelbar beteiligte britische Regierung hat durch ihren Unterstaatssekretär Harmsworth am 5. August im Unterhaus erklären lassen, daß die britische Regierung zu jener Zeit keinerlei Friedensangebot an Deutschland gemacht habe. Der preußische sozialdemokratische Minister Hänisch bezeichnet in der sozialdemokratischen Wochenschrift „Die Glocke" Erzbergers Darstellung als „historisch und sachlich sehr ungenau."

Sind der Regierung diese Tatsachen bekannt und ist sie bereit auch diese Vorgänge in vollem Wortlaut dem deutschen Volke ebenso zugänglich zu machen, wie die Rede des Herrn Ministers Erzberger?

Eidesleistung des Reichspräsidenten.

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)

E. D. Weimar, 15. August.

Wie verlautet, wird der Reichspräsident Ebert am 20. August vor der Nationalversammlung den Eid auf die Reichsverfassung leisten.

Der Reichspräsident wird die Verordnung, wonach die Nationalversammlung als Reichstag fungieren soll, auf den Einspruch der Nationalversammlung zurückziehen.

Unentgeltliche Verleihung der Staatsangehörigkeit für Deutschösterreicher

(Eine Anfrage.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

B. P. Weimar, 15. August.

Die Mehrheitssozialdemokraten haben folgenden Antrag in der Nationalversammlung eingebracht: Die Nationalversammlung wolle beschließen: Die Regierung wird ersucht, Deutschösterreichern, die in Deutschland ihren ständigen Wohnsitz haben und ihren Pflichten dem Staat gegenüber nachkommen sowie die Steuern und Abgaben entrichten, auf ihren Antrag die deutsche Staatsangehörigkeit unentgeltlich zu verleihen.

Bethmann Hollweg und der U-Boot-Krieg.

Auf eine Anfrage des W. T. B. bei dem früheren Reichskanzler, ob er sich zu dem in der Presse veröffentlichten Schreiben des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg an den Prinzen Max von Baden in Sachen des U-Boot-Krieges zu äußern gedenke, teilt Herr v Bethmann Hollweg mit, daß er seinerzeit auf Ersuchen der Reichsregierung zu diesem Schreiben ausführlich Stellung genommen habe. Er werde seine damalige Aeußerung, die allerdings in wesentlichen Punkten zu abweichenden Ergebnissen führt, bei einer zusammenhängenden Darstellung des U-Boot-Krieges und seiner Vorgeschichte bekanntgeben.

(Hindenburg hatte vor kurzem ein Schreiben an den Prinzen Max von Baden vom 16. Oktober 1918 veröffentlicht, in dem stand, daß die Oberste Heeresleitung von dem früheren Reichskanzler Bethmann Hollweg über einen von Wilson beabsichtigten Friedensschritt im Jahre 1916 nicht unterrichtet worden sei. Der Generalfeldmarschall schloß seinen Brief mit folgenden Worten: „Heute wie damals ergibt sich für mich aus den Akten und meinen Erinnerungen die Ueberzeugung, daß die Aeußerung auf die Friedensvermittlung Wilsons, die sie ursprünglich angeregt, Wilson aber durch Monate hindurch verzögert hatte, keinen Wert mehr legte.

Ich fasse mich dahin zusammen:

1. Der Vorwurf, den Herrn Reichskanzler zu einer zweispältigen Politik gegenüber den Vereinigten Staaten gedrängt zu haben, trifft mich und den General Ludendorff unbedingt nicht.

2. Bedenken, daß durch den U-Boot-Krieg die diplomatische Aktion des Präsidenten Wilson gestört werden könnte, sind in den Verhandlungen über den Entschluß zum U-Boot-Krieg vom Herrn Reichskanzler oder dem Auswärtigen Amt niemals zur Sprache gebracht worden.")

Eine neue tschechoslowakische Spionageaffäre.

Ein tschechischer Oberleutnant verhaftet.

Der Einbruch in das deutschösterreichische Konsulat in der Keilhstraße hat zu weiteren Ermittelungen geführt, in deren Verlauf heute vormittag auch der tschechoslowakische Oberleutnant Romadka verhaftet wurde. Es handelt sich, wie wir erfahren, bei dieser Verhaftung um eine neue Spionageaffäre, die mit dem Einbruch in das deutschösterreichische Konsulat nicht im Zusammenhang steht. Es scheinen hier eine ganze Anzahl von tschechischen Spionen am Werk zu sein, deren Tätigkeit gegenwärtig ist, die Anbahnung der Beziehungen zwischen Deutschland und dem neuen tschechoslowakischen Staat zu stören. Jedenfalls wäre es angezeigt, daß die Regierung in Prag, wenn sie, wie gestern der Leiter des hiesigen tschechoslowakischen Konsulates behauptete, diesen Spionagegelegenheiten fern steht, energische Maßnahmen gegen die Treibereien dieser Agenten ergreifen würde. Nebenbei sei auch noch erwähnt, daß der tschechische Emissär Bartos, der sich noch immer in Haft befindet, und den jetzt das tschechische Konsulat gar nicht kennen will, in hiesigen politischen Kreisen allgemein als ein sehr rühriger tschechoslowakischer Agent bekannt ist.

*) Die Dame, die der „Deutschen Tageszeitung" zufolge, auf dem Potsdamer Platz einen unschuldigen, harmlosen **antisemitischen Flugschriftenhändler geohrfeigt hat,** ersucht uns, den **wahren Tatbestand festzustellen. Sie ist, als sie den Händler über** feine Ware befragte, von ihm mit Schimpfworten beleidigt worden, hat dann einen Schutzmann herbeigeholt und in der Erregung der Händler nicht geohrfeigt, sondern ihm die Faust vors Gesicht gehalten, wobei er leicht berührt worden sein mag. Der antisemitische Eckenfteher hat für nach diesem Vorfall brieflich angekündigt, daß er sie verklagen werde.

Das bisherige Ergebnis der Wiederaufbauverhandlungen.

Der Bericht der Wiederaufbaukommission.

Berlin, 15. August.

Von zuständiger Stelle erfahren wir zu der Frage der Verhandlungen über den Wiederaufbau Nordfrankreichs und Belgiens folgendes:

Die deutsche Kommission, die über den Wiederaufbau mit der Gegenseite verhandelt, hat, wie bereits in der Presse mitgeteilt worden ist, für kurze Zeit die Besprechungen in Versailles unterbrochen, um der Reichsregierung in Weimar und den zuständigen deutschen Stellen Bericht zu erstatten.

Es hat bei den Verhandlungen in Versailles zwar eine **erhebliche Annäherung der beiderseitigen Auffassungen** stattgefunden; indes stehen dem Beginn des Wiederaufbaues noch eine große Anzahl von Schwierigkeiten entgegen, zu deren Behebung es einer weiteren ruhigen und langsamen Arbeit bedarf. Aber auch wenn diese Schwierigkeiten alsbald behoben sein werden und mit der Gegenseite über das, was deutscherseits in der Wiederaufbaufrage zu tun ist, Einverständnis erzielt sein wird, muß

vor jedem Optimismus in der Wiederaufbaufrage

und vor jeder Ueberschätzung der Deutschland daran zufallenden Arbeiten auf das dringendste gewarnt werden. Man muß sich immer vor Augen halten, daß die Entente auch in der Frage des Wiederaufbaus lediglich ihr Interesse verfolgt und nicht gewillt ist, irgendwelche Rücksichten auf Deutschland zu nehmen. Es bleibt die Absicht unserer bisherigen Feinde, uns auch weiterhin möglichst zu schädigen.

Die Gegenseite hat zwar zweifellos ein Interesse daran, den Wiederaufbau so schnell wie möglich erfolgen zu lassen. Sie weiß, daß die deutschen Arbeiter, wenn sie nach Frankreich kommen, viel nützen können. Sie weiß ferner, daß wir mit Materiallieferungen der verschiedensten Art den Wiederaufbau erleichtern können. Sie hat aber kein Interesse daran, daß der Wiederaufbau, deren Kosten wir nach den uns aufgezwungenen Friedensbedingungen tragen sollen, möglichst billig wird. Man wünscht vielmehr, und zwar Unternehmer, Materiallieferanten und Arbeiter geeint,

aus dem Wiederaufbau ein möglichst gutes Geschäft

für sich zu machen. Die Unternehmer der Gegenseite wollen tunlichst hohe Gewinne bei den Vergebungen erzielen; die Lieferanten wollen die Materialien ohne deutsche Konkurrenz und zu möglichst hohen Preisen verkaufen; und die französischen Arbeiter sind der Auffassung, daß sie sich diese gute Gelegenheit, auf lange Jahre hinaus im Baugewerbe und den sonstigen hier in Frage kommenden Gewerben eine glänzende Konjunktur zu sichern, nicht entgehen lassen dürfen. Unter diesen Umständen haben die deutschen Unterhändler, denen es obliegt, durch möglichst billigen Wiederaufbau die finanziellen Kriegslasten Deutschlands zu mildern, an sich schon einen schweren Stand. Dazu kommen die Schwierigkeiten im einzelnen.

Was zunächst die Frage der

Mitwirkung deutscher Arbeiter

bei dem Wiederaufbau anbelangt, so besteht, wie erwähnt, zur zeit ein gegenseitiges Interesse der französischen Arbeiter. Die deutschen Arbeiter hatten es, nachdem auf dem Gewerkschaftskongreß in Amsterdam die Internationale wiederhergestellt worden ist, für eine kameradschaftliche Pflicht, nicht nach Frankreich zu gehen, wenn dies den Interessen der französischen Arbeiter widerspricht. Es wird also noch weiterer Verhandlungen bedürfen, um die französischen Arbeiter davon zu überzeugen, daß sie weder durch das Entscheinen der deutschen Arbeiter in Frankreich selbst, noch durch die Arbeitsbedingungen, unter denen die deutschen Arbeiter in Frankreich arbeiten werden, irgendeine sie schädigende Konkurrenz erhalten. (Wie hier bemerkt sein mag, **kommt eine Beschäftigung deutscher Arbeiter in Belgien nicht in Frage,** da dort kein Mangel an Arbeitern für den Wiederaufbau besteht.

Ferner sind noch nicht genügend geklärt: die Frage der Versammlungsfreiheit der deutschen Arbeiter, die Frage der Sozialversicherung, der Arbeiterschutzgesetzgebung, der Gerichtsbarkeit und der Unterbringung, bezüglich deren es auch noch einer eingehenden Besprechung mit der Gegenseite bedarf. Die Forderungen, welche die deutschen Arbeiter stellen müssen, sind nur mit großer Mühe durchzusetzen. Jedenfalls muß ein genaues Statut über alle Arbeitsbedingungen ausgearbeitet werden, ehe die Arbeiter nach Frankreich gehen können.

Diese Verhandlungen werden in Versailles mit der größten Beschleunigung und mit dem größten Nachdruck fortgesetzt, um so mehr, als wir nicht etwa durch irgendein Zögern der Entente auch nur den Anschein einer Handhabe geben dürfen, um trotz ihrer im Friedensvertrag übernommenen bedingungslosen Verpflichtung die Kriegsgefangenen noch weiterhin zurückzuhalten.

Die Frage,

in welcher Form die Unternehmungen ausgeführt werden sollen,

ob durch den Staat, durch Private oder durch die Arbeiter selbst, ist durch die Friedensbedingungen dahin geregelt, daß das **Deutsche Reich selbst der Generalunternehmer** ist. Wie das Deutsche Reich die Arbeiten ausführen läßt, ist eine subsidiäre Frage. Soviel aber steht fest, daß Deutschland bei dem vitalen Interesse, das es an möglichst rascher und billiger Ausführung der Arbeiten hat, sowie aus klaren Gründen der äußeren Politik **unter keinen Umständen das Wiederaufbaugebiet in Frankreich zum Tummelplatz innerpolitischer Streitigkeiten über die Frage künftiger Unternehmerformen machen kann.** Die Reichsregierung wird hier keineswegs starr an allen Systemen festhalten, sie wird vielmehr versuchen, den Zeitverhältnissen entsprechenden Neuerungen zu erproben. Voraussetzung ist aber, daß dadurch der Zweck des Wiederaufbaus und die ruhige Arbeit im Wiederaufbaugebiet nicht gestört werden dürfen. Die vorbereitenden Arbeiten in dieser Frage sind bereits im Gange; sie werden von der in Versailles eingesetzten Studienkommission fortgesetzt. Was die Frage

des Wiederaufbaus

selbst anlangt, so muß auf das dringendste davor gewarnt werden, sich hier irgendwelchen Hoffnungen hinzugeben, als ob deutsche Architekten oder deutsche Organisatoren in dem zerstörten Gebiet Frankreichs große einheitliche Pläne durchführen können. Jeder Einwohner des zerstörten Gebietes hat das Recht, sein Eigentum selbst wiederherzustellen; es entspricht der individualistischen Denkweise der Franzosen, daß sie von diesem Recht möglichst weiten Gebrauch machen. Sie würden sich einheitlichen, nach unseren deutschen Begriffen noch so schönen Plänen für den Wiederaufbau nicht fügen, selbst wenn der französische Wiederaufbauminister darauf bestehen sollte. Es kann sich vielmehr nur darum handeln, **praktische Arbeit** zu leisten. Sie allein entspricht auch der Art des französischen Wiederaufbauministers Loucheur, der eine zweifellos bedeutende, tatkräftige und lediglich auf den großen Zweck gestellte Persönlichkeit ist. Herr Loucheur hat zunächst in dem zerstörten Gebiet die Straßen wiederhergestellt und ist nun dabei, die Eisenbahnen und die Kanäle wieder in Betrieb zu bringen. Dann wird das Gebiet von einem Netz von Schmalspurbahnen durchzogen werden (an der Bieferung hierfür werden wir uns beteiligen.) Die nächste Arbeit wird sein, daß das Gebiet wieder aufgeräumt wird, das heißt, die Schützengräben wieder eingebnet, die Drahtverhaue und die Minen beseitigt, die Leichen zusammengelegt werden usw. **Diese Wiederaufräumungsarbeit ist das größte und umfangreichste der in Betracht kommenden Geschäfte.** Die Vergebung der Wiederaufräumungsarbeiten wird so erfolgen, daß der deutschen Regierung nach noch zu treffender Vereinbarung mit der Gegenseite, bestimmte Sektoren zugewiesen werden. Danach kommt, soweit es praktisch und tunlich ist, der eigentliche Aufbau selbst, also zunächst die vollkommene Wiederherstellung der Straßen, insbesondere in den Ortschaften und andere mehr, wobei, wie in den Verhandlungen mit der Gegenseite ausdrücklich festgestellt worden ist, es in Einzelfällen, durchaus nicht allgemein in Betracht kommen kann, ganze Dörfer deutscherseits wiederaufzubauen.

Eine besondere Rolle wird

Wiederaufforstung der Wälder

und solcher Gebiete, die künftig nicht mehr zu landwirtschaftlichen Zweden verwendet werden können spielen. Diese Frage wird zunächst in einer deutsch-französischen Unterkommission besprochen werden.

Ferner kommt besonders in Betracht, die Frage einer zusammenhängenden **Wiederherstellung der französischen Bergwerksbezirke** in den Departements Du Nord und Pas de Calais. Hier sind in Frankreich schon erhebliche Vorarbeiten geleistet worden; es ist eine besondere deutsch-französische Kommission eingesetzt, die zu prüfen haben wird, inwieweit Deutschland in diesen Gebieten ein zusammenhängendes Wiederaufbau übertragen werden kann. Im übrigen kann auch der Bau von Eisenbahnlinien, Brücken usw. in Frage kommen, wofür französischerseits besondere Lastenhefte ausgegeben werden sollen.

Was die **Lieferung von Materialien** anbelangt, so ist auch hierfür eine besondere Kommission eingesetzt worden, die ihre Arbeiten bereits begonnen hat. Speziell handelt es sich darum, möglichst rasch die Baracken für die vorläufige Unterbringung der französischen Bevölkerung und für die deutschen Arbeiter in Frankreich zu liefern.

Eine besondere Bedeutung hat im Verlaufe der Besprechungen

die Transportfrage

gewonnen. Es zeigt sich immer mehr, daß sich die Frage der Bewältigung der aus den Wiederaufbauarbeiten, wie auch aus den übrigen Massenlieferungen zwischen Frankreich und Deutschland sich ergebenden Transporte zu einer Frage von absolut entscheidender Bedeutung gestaltet. Es ist deshalb in Versailles beschlossen worden, die Erörterung der Gesamtheit der Transportfragen einer besonderen möglichst stark ausgestalteten Kommission zu übertragen. Eine erste allgemeine Sitzung dieser Kommission hat in Versailles bereits stattgefunden. Bei ihr ist zunächst über eine wichtige Unterfrage, nämlich die der Wiederinkraftsetzung der vor dem Kriege in Geltung gewesenen Abmachungen zwischen den Eisenbahnverwaltungen über die Benutzung des Fahrmaterials Einverständnis erzielt.

Wann und in welchem Umfange die Wiederaufbauarbeiten begonnen werden, wird praktisch davon abhängen, **ob und wann die Transportfrage gelöst wird,** und sich eine Einigung in der Beschäftigung der deutschen Arbeiter erzielen läßt. Ferner muß noch eine Reihe von Unterfragen gelöst werden, die genaue Durchsprechung mit den Gegnern bedürfen, ehe man an die Ausführung herangehen kann. Diese Besprechungen sind, da man es mit bisherigen Feinden zu tun hat, sehr schwierig. Sie erfordern Vorsicht, Zurückhaltung und große Geduld. Erst wenn sie abgeschlossen sind, wird die praktische Arbeit anfangen. Für diese wird dann ein tatkräftiger Wiederaufbaukommissar von besonderem Organisationstalent ernannt werden, aber auch dieser Wiederaufbaukommissar wird zunächst den Schwerpunkt seiner Tätigkeit in Versailles haben. Es kann nur das ausgeführt werden, worüber mit der Gegenseite, das heißt vor allem mit dem französischen Wiederaufbauminister Loucheur, Einverständnis erzielt ist.

Dann muß das Gebiet von dem Wiederaufbaukommissar und seinen Sachverständigen besichtigt werden, eine Angelegenheit, die bei der Stimmung der Bevölkerung in dem besetzten Gebiet gleichfalls große Vorsicht erfordert. Erst danach beginnt die eigentliche organisatorische Arbeit in Deutschland. **Jetzt können nur vorbereitende Schritte getan werden.** Diese werden von den verschiedenen Unterkommissionen, die in Versailles eingesetzt worden sind und von der nächsten Woche ab ihre Arbeiten wieder aufnehmen werden, getan werden.

Der Wiederaufbau ist ein großes Werk, von dessen Gelingen es abhängt, ob wir unter den Kriegslasten, die uns entgegen den Wilsonschen Zusagen aufgezwungen worden sind, wirtschaftlich zugrunde gehen werden oder nicht. Es wird viele Jahre in Anspruch nehmen. Es kommt alles darauf an, wie es vom Anfang an angefaßt wird, und es kommt alles darauf an, daß hierfür Ruhe bewahrt wird, Hartnäckigkeit und Geduld.

Eingliederung der Waffenstillstandskommission in das Ministerium des Aeußern.

Weimar, 15. August. (W. T. B.)

Die Waffenstillstandskommission wurde dem Reichsministerium des Aeußern unterstellt. Den Vorsitz hat an Stelle des zu anderweitiger dienstlicher Verwendung in Aussicht genommenen Ministerialrats v. Stockhammern der Oberbürgermeister Wilms übernommen, der auch die Geschäfte der Waffenstillstandskommission in Düsseldorf weiterführt.

Betriebspause in der Zigarettenindustrie.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

B. Dresden, 15. August.

In der Dresdener Zigarettenindustrie machen sich die Schwierigkeiten der Rohtabakbeschaffung immer stärker bemerkbar. Einer großen Anzahl Arbeiter wurde bereits gekündigt. Es sollen auch viele Fabriken beabsichtigen, durch vier Wochen eine Betriebspause eintreten zu lassen. Hauptsächlich sind es jene, die ihr Kontingent bereits verarbeitet haben.

Einsetzung eines Beirates beim Ausschuß für Ein- und Ausfuhr.

Amtlich. **Berlin,** 15. August. (W. T. B.)

Zur Mitwirkung an den Arbeiten des Ausschusses für die Ein- und Ausfuhr hat der Reichswirtschaftsminister einen Beirat aus Interessentenkreisen bestellt, der am Freitag den 15. August d. J. seine Tätigkeit aufnehmen wird. Dieser Beirat setzt sich aus Vertretern der industriellen Unternehmer, des Groß- und Ein- und Ausfuhrhandels, der industriellen Unternehmer, der Arbeitnehmer des Handels, der Landwirtschaft, der Landarbeiter, der Kommunalverwaltungen und der Konsumenten zusammen. Der Beirat wird in regelmäßigen Abständen vor Wirtschaftsausschuß einberufen und ist in allen grundsätzlichen Fragen und vor allen wichtigen Entscheidungen zu hören.

Die Aufgabe dieses Beirats soll darin bestehen, einen möglichst innigen Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Vorgängen und Notwendigkeiten des gesamten deutschen Wirtschaftslebens herzustellen, um alle Entscheidungen grundsätzlicher Art über Ein- und Ausfuhrfragen nur in möglichstem Einklang mit den allgemeinen volkswirtschaftlichen Interessen treffen zu können.

Die Bankbeamtenbewegung.

Vertagung der Verhandlungen.

Die Angestellten der Deutschen Bank traten gestern abend im Börsensaal zu einer Betriebsversammlung zusammen, um über die Tarifablösungsvorschläge der Banken abzustimmen. Der Vorschlag der Banken fand keine Annahme, dagegen wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt, daß die Angestellten sich mit den angebotenen Summen nicht einverstanden erklären können und den Arbeitsausschuß beauftragen, neue Verhandlungen mit der Direktion anzuknüpfen.

*

Die vom Reichsarbeitsministerium für heute nachmittag angesetzten **Verhandlungen** sind auf Sonnabend vormittag verschoben worden, da die Hamburger Banken, die erst sehr spät von dem angesetzten Termin benachrichtigt worden waren, bis heute keine Vertreter entsenden konnten.

Die Stimmung unter den Vertretern der Hamburger Ausständigen ist für die gütliche Beilegung des Streiks nicht allzugünstig. Die nach Berlin entsandten Vertreter stehen auf dem Standpunkt, daß die Hamburger Bankbeamtenschaft heute sich nicht mehr mit der Tarifablösung einverstanden erklären könne, sondern auf den Sätzen des Elberfelder Vertrages bestehen müsse. Das Reichsarbeitsministerium hofft trotz alledem, daß sich bei den morgigen Verhandlungen eine beide Teile befriedigende Lösung finden lassen wird. Eine Einigung müsse schon deshalb erzielt werden, weil gegenwärtig im ganzen Reich die „Los-von-Berlin-Bewegung" immer stärker werde und die Gefahr bestehe, daß die ganze Bewegung den Organisationen entgleiten und wilde Teilbewegungen einsetzen könnten.

Auch die **Berliner Kassenboten** haben gestern abend in einer Versammlung der Obleute beschlossen, ihre Forderungen den Bankleitungen erneut zu überreichen.

Zunahme der Bautätigkeit in Berlin. Nach den Aufzeichnungen des Berliner statistischen Amtes hat die Bautätigkeit in Berlin gegen das Vorjahr bereits erheblich zugenommen. Es sind im Mai dieses Jahres 208 Baugesuche gegen 73 im gleichen Vormonat des Vorjahres eingereicht worden. Genehmigt wurden sieben Neubauten. Im Vorjahre war überhaupt kein Neubau angemeldet; ferner wurden 110 Umbauausführungen genehmigt (im Vorjahre 44). Der Besitzwechsel von Grundstücken betrug 180 (im Vorjahre 135), Kauf lag vor bei 80 (57) bebauten Grundstücken, Zwangsversteigerungen bei 13 (23).

Der Zwischenfall Unter den Linden, bei dem italienische Offiziere von einem Passanten beleidigt wurden, ist, wie hier schon gesagt wurde, allgemein als bedauerlich empfunden worden. Auch die deutsche Regierung teilt natürlich dieses Bedauern und hat der in Berlin weilenden italienischen Militärmission davon Kenntnis gegeben.

Das Opfer der antisemitischen Straßenkrawalle am Kurfürstendamm, der 26 Jahre alte Kaufmann Zucker, befindet sich noch immer in Lebensgefahr. Die Ärzte in der Charité haben bei ihm eine schwere Gehirnerschütterung festgestellt. Erst im Laufe des heutigen Vormittags hat Zucker das Bewußtsein wiedererlangt. Wie uns mitgeteilt wird, ist Zucker ein ruhiger und besonnener Mensch, der als Freiwilliger während des ganzen Krieges im Schützengraben gekämpft hat und wiederholt wegen seiner Tapferkeit ausgezeichnet wurde.

Versteigerung der preußischen Staatsforsten. Das Obermarschallamt in Potsdam teilt mit, daß am 21. August die preußischen Staatsforsten und 60 Hofwagen versteigert werden.

Unfall auf dem Lehrter Bahnhof. Auf dem Lehrter Stadtbahnhof hat sich heute früh ein schwerer Unfall ereignet. Gegen 10 Uhr versuchte eine etwa 22 Jahre alte Frau, die einen schweren Sack mit Kartoffeln trug, noch auf den bereits fahrenden Vollringzug aufzuspringen. Sie glitt aber aus und geriet unter die Räder des Zuges, der ihr den rechten Arm und die linke Hand abfuhr. Die Schwerverletzte wurde im hoffnungslosen Zustande in das Krankenhaus gebracht.

Eine große Zuckerschiebung ist gestern aufgedeckt worden. Auf dem Anhalter Bahnhof traf mit einem Güterzug auch ein Wagen ein, der die Aufschrift „Heeresgut" trug. Der Waggon war mit 90 Zentnern Zucker beladen, die von einem Feldwebel in Reichswehruniform begleitet wurden. Die Beamten ließen sich von dem Unteroffizier die notwendigen Begleitpapiere vorzeigen, wobei es ihnen auffiel, daß das Proviantamt Magdeburg diese Zucker[illegible] an einen Berliner Truppenteil sandte. Als Begleitmann [illegible] Feldwebel M. bezeichnet. Da es von vornherein unwahrsch[illegible] war, daß die Berliner Truppe von Magdeburg aus mit Zucker [illegible] gar in solchen Mengen beliefert wurde, erklärten die Beamte[illegible] Feldwebel für verhaftet. Die weiteren Ermittlungen ergaben, [illegible] der angebliche Feldwebel ein Händler Martens ist, der die Un[illegible] Reichswehr angeleigt hatte, um bei einer Kontrolle leichter [illegible] schlüpfen zu können.

Die Mißstände bei der Mehlbelieferung

Die Fraktion der unabhängigen Sozialdemokr[illegible] in der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat dem Stad[illegible] ordnetenvorsteher folgenden dringenden Antrag unterb[illegible] „Die Berliner Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen [illegible] Magistrat zu ersuchen, mit allergrößter Beschleunigung an Stell[illegible] muffigen Mehls in Zukunft nur noch reines und g[illegible] Mehl den Bäckern zur Verfügung zu stellen, um schwere S[illegible] gungen der Gesundheit vorzubeugen."

Das Zepter Maria Stuarts gestohlen. Unbekannte [illegible] brecher raubten einem Privat-Telegramm aus Halle zufolge aus [illegible] Meiningischen Schloß in Landsberg kostbare Altertümer und un[illegible] liche historische Kunstgegenstände, darunter das Zepter Ma[illegible] Stuarts.

Preußisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.

In der heutigen Vormittagsziehung fielen
2 Gewinne zu 60 000 Mark auf Nr. 76 580.
2 Gewinne zu 5000 Mark auf Nr. 69 766.
4 Gewinne zu 3000 Mark auf Nr. 29 765 189 907.
4 Gewinne zu 1000 Mark auf Nr. 2525 14 469.
8 Gewinne zu 500 Mark auf Nr. 3237 37 833 85 740 199 158.
14 Gewinne zu 400 Mark auf Nr. 80 350 83 466 85 224 1[illegible] 139 556 200 210 201 367.
22 Gewinne zu 300 Mark auf Nr. 7317 27 811 49 404 53 277 [illegible] 118 243 121 279 121 718 172 635 212 390 218 641.

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umge[illegible] Vielfach heiter, aber noch ziemlich kühl und veränderlich bei mä[illegible] westlichen bis nordwestlichen Winden, keine erheblichen Niederschl[illegible]

Die Sanierung der Heidburg Akt.-Ges.

Die heutige Generalversammlung hatte über die bekannten Sanierungsvorschläge der Verwaltung (Umwandlung der Stammaktien in Vorzugsaktien unter Zuzahlung von 25 pCt.) zu beschliessen. Der Vorsitzende, Geheimrat Kempner, schilderte in eingehender Weise den Wert des Gesellschaftsbesitzes und vor allem die Ursache, die Veranlassung zu den Sanierungsvorschlägen gegeben haben. Des weiteren trat er in der Presse geübten seiner Ansicht nach falschen Kritik der inneren Wertverhältnisse der Gesellschaft entgegen. Geheimrat Kempner wies darauf hin, dass in dem Kuxenbesitz der Gesellschaft erhebliche stille Reserven enthalten seien; zu grösseren Abschreibungen also, als den von der Verwaltung gemachten, habe eine Veranlassung nicht vorgelegen. Bis zum Ende vorigen Jahres habe die Gesellschaft eine Bankschuld von 6,3 Mill. M. ehabt, die aber bis zum 31. Dezember durch die zu günstigem Kurse vorgenommenen Verkäufe von Kuxen der Gewerkschaft Desdemona, der Finnewerke und der Gewerkschaft Wilhelmshall vollständig getilgt worden sei, darüber hinaus sei ein Bankguthaben von rund 300 000 M. vorhanden gewesen. Im laufenden Jahre sei allerdings wieder eine Bankschuld von ca. 3 Mill. M. entstanden, was auf die Folgen des politischen Umsturzes zurückzuführen sei. Ein grosser Teil der Werke habe still gelegen, ausserdem hätten die Verkürzung der Arbeitszeit, die Steigerung der Löhne und der Materialien gan. zerhebliche Mehraufwendungen erfordert. Bei den vier Stammwerken der Heldburg-Gesellschaft hätten die Betriebsverluste ohne Berücksichtigung der Abschreibungen im ersten Halbjahr des laufenden Geschäftsjahres ca. 1,1 Mill. M. betragen ,während in der gleichen Zeit des Vorjahres ein Ueberschuss von 1,4 Mill. M. erzielt worden sei. Was das Kuxen- und Obligationskonto bei der Heldburg-Gesellschaft anlange, so stehe dies mit ca. 31 Mill. M. zu Buch. Wenn man diese Bewertung mit den Verhältnissen bei anderen Kaliwerken vergleicht, so müsse man sie als recht günstig bezeichnen.

Im allgemeinen stehe die Kaliindustrie vor Leistungsmöglichkeiten, wie sie noch nie dagewesen seien und wie sie nie wiederkehren würden. Ein grosser Hunger nach Kali macht sich bemerkbar, ohne dass nach Preisen viel gefragt werde. Der Ausführung von Aufträgen ständen allerdings die grosse Kohlenknappheit und Verminderung der Arbeitsleistung gegenüber. In Bezug auf die Gesellschaft selbst könne er sagen, dass diese sehr leistungsfähig sei, die Verwaltung werde sich nicht abhalten lassen diese auszunützen, wenn sie durch Bewilligung der notwendigen Mittel dazu in die Lage versetzt werde. Bezüglich des Sanierubngsantrages selbst müsse er bemerken, dass eine Zusammenlegung des Kapitals vernünftigerweise nicht in Vorschlag gebracht werden könnte, da die Vorteile der Zuzahlung durch die Ersparnis an Zinsen klar würden. Die in der Presse und auch sonst vertretene Ansicht, dass der Antrag der Verwaltung nicht weit genug gehend sei, müsse er entgegenhalten, dass die durch die Zuzahlung gewonnenen Mittel für rdie in Aussicht genommenen Zwecke genügen und die Verwaltung sich darauf beschränken müsse, dass äusserst notwendige zu fordern.

Nach diesen Ausführungen entspann sich eine längere Diskussion, in der unter anderem die Frage aufgeworfen wurde, was die Gesellschaft an Zinsen für ihre Bankschuld zahle. Der Vorsitzende bemerkte, dass die Gesellschaft 1 pCt. über Bankdiskont und 0,3 pCt. Provision entrichte. Eine ganze Anzahl von Aktionären war der Ansicht, dass die Sanierungsvorschläge nicht einschneidend genug seien. Von einem Aktionär wurden die diesbezüglichen Vorschläge zu einem Antrag auf Zuzahlung von 40 pCt. verdichtet, der aber zurückgezogen wurde, nachdem der Vorsitzende geltend gemacht hatte, dass eine grosse Anzahl von Aktionären von weitergehenden Anträgen nicht unterrichtet sei und ein Teil des Aktienkapitals nach dem Auslande abgewandert zu sein scheine. An sich stehe die Verwaltung einer höheren Zuzahlung sympathisch gegenüber und es bleibe ja späterhin ganz unbenommen, weitergehende Anträge vorzuschlagen. Die Versammlung, in der von dem 21 Mill. Mark betragenden Aktienkapital nur 3,6 Mill. Mark vertreten waren, genehmigte darauf einstimmig die Vorschläge der Verwaltung, ebenso den Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1918.

*** Entlastung der Reichsbank.** Die erste Augustwoche brachte der Reichsbank eine erfreuliche Entlastung. Die gesamte Kapitalanlage verminderte sich um den über die Steigerung der Vorwoche noch hinausgehenden Betrag von 2 131,8 Mill. M. auf 28 699,8 Mill. M., die bankmässige Deckung für sich allein um 2 135,4 Mill. M. auf 28 545,5 Mill. M. Demgegenüber zeigen die fremden Gelder, die in der Vorwoche um 2 191,4 Mill. M. angewachsen waren, eine Abnahme um 2 039,9 Mill. M. auf 8 322,2 Mill. M. Bemerkenswert ist der ausserordentlich starke Rückfluss an papiernen Geldzeichen von rund 520 Mill. M., der im wesentlichen wieder mit der im Gange befindlichen Einziehung der Buchdrucknoten zu 50 M. vom 20. Oktober 1918 und mit den Nachrichten über einen bevorstehenden Umtausch des Papiergeldes zusammenhängt. Der Banknotenumlauf ermässigte sich — gegenüber einer Zunahme um 81,8 Mill. M. in der Vorjahrswoche — diesmal um 412,9 Mill. M. auf 28 856,0 Mill. M. An Darlehnskassenscheinen strömten aus dem Verkehr 107,5 Mill. M. zurück, wodurch sich die Summe der im Umlauf befindlichen Darlehnskassenscheine auf 11 821,4 Mill. M. verminderte; in der entsprechenden Woche des Vorjahres mussten demgegenüber 27,8 Mill. M. an Darlehnskassenscheinen neu in den Verkehr gegeben werden. Der Goldvorrat sank weiter um 1,84 Mill. M. auf 1 108 Mill. M., während die Bestände an Reichskassenscheinen und Scheidemünzen nur geringfügige Veränderungen aufwiesen. Der Gesamtdarlehnsbestand der Darlehnskassen verminderte sich um 228,8 Mill. M. auf 20 622,7 Mill. M. Ein dieser Abnahme entsprechender Betrag an Darlehnskassenscheinen wurde der Darlehnskasse von der Reichsbank zurückgegeben, die ihrerseits, wie oben erwähnt, einen Rückfluss an solchen Scheinen aus dem Verkehr in Höhe von 107,5 Mill. M. zu verzeichnen hatte. Infolgedessen verminderten sich die eigenen Bestände der Bank an Darlehnskassenscheinen auf 8 681,1 Mill. M.

*** Gegen das Durchpeitschen von Gesetzentwürfen.** Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstags richtete an die verfassungsgebende Nationalversammlung eine Eingabe, der wir Folgendes entnehmen: „Das deutsche Volk wird zurzeit mit einer solchen Fülle zum Teil überaus wichtiger Gesetzentwürfe überschwemmt, dass ihre Durcharbeitung in den beteiligten Kreisen nicht möglich ist, wenn dafür keine ausreichende Zeit zur Verfügung gestellt wird. In Artikel 1 der neuen Verfassung heisst es, die Staatsgewalt gehe vom Volke aus. An der Ausübung dieser Gewalt wird aber das Volk gehindert, wenn die Gesetzgebungsmaschine in überhasteter Weise arbeitet. Durch die Tätigkeit der vom Volke gewählten Mitglieder des Parlaments kann die Mitarbeit weiterer Kreise nicht ersetzt werden. Insbesondere müssen die Vertreter der wirtschaftlichen Interessen fordern, dass sie zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben ausreichende Gelegenheit erhalten und davor geschützt werden, dass Regierung und Parlament Beschlüsse fassen, ohne dass die davon Betroffenen ihre Ansicht darüber zur Geltung bringen konnten. Veranlassung zu diesen Bemerkungen gibt uns namentlich dasjenige, was wir gegenwärtig auf dem Gebiete der Finanzpolitik erleben. Insbesondere halten wir es für notwendig, dass der Entwurf eines Gesetzes über das Reichsnotopfer, der Entwurf eines Umsatzsteuergesetzes und der Entwurf einer Reichsabgabenordnung nicht vorschnell erledigt werden."

*** Deutsche Gold- und Silberscheideanstalt vormals Rössler** in Frankfurt a. M. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 20 pCt. fest und wählte Direktor Dr. Julius Bueb, Berlin, und Professor Dr. h. c. Carl Bosch den Direktor der badischen Anilin- und Sodafabrik in Mannheim neu in den Aufsichtsrat.

*** Der Rohstoffmangel in der Dachpappenindustrie** hat dazu geführt, dass der Kriegsausschuss der Rohpappen- und Dachpappenindustrie im Einverständnis mit dem Reichswirtschaftsministerium eine Herabsetzung der Kontingente der Rohpappen- und Dachpappenfabriken auf 50 Ct. der Kriegsausschusskontingente verfügt hat. Aber auch diese Kontingentquote wird nur auf Widerruf erteilt, ohne Rechtsanruch auf tatsächliche Auslieferung der betreffenden Mengen zu geben.

*** Von der Londoner Wollauktion.** Auf der Wollauktion vom 13. August waren 4706 Ballen angeboten. Es herrschte reger Wettbewerb. Die Preisgestaltung für geringere Sorten neigte zugunsten der Käufer. Amtlich wurde angekündigt, dass die Ausfuhr von groben Kreuzzuchten nunmehr ohne Einschränkung erfolgen kann.

Dividenden und Abschlüsse.

Baroper Walzwerk Akt.-Ges. in Barop. Abschreibungen 444 384 M. (470 305), Ueberschuss 367 763 M. (960 988), Dividende 6 pCt. (20).

Akt.-Ges. für elektrische Unternehmungen in München. Ueberschuss 97 026 M. (83 071), Dividendennachzahlung auf die Vorzugsaktien für 1917 6 pCt. (6).

Tiefbau- und Kälteindustrie Akt.-Ges. vorm. Gebhardt & König in Nordhausen. Verlust 543 928 M. (1 687 775), Verlustvortrag 2 261 703 M.

Amerikanische Kabel-Telegramme.

*** New-York,** 14. August. Nach unregelmässigem Beginn **senkte** sich an der Fondsbörse das **Kursniveau** allgemein infolge der ungünstigen Entwicklung der Arbeiterfrage. Spezialwerte verloren daraufhin 1 bis 6 Doll., Eisenbahnaktien 1—2 pCt. Vorübergehende Erholungen wurden später immer wieder durch Abschwächungen paralysiert, das Angebot überwog. Die Börse schloss flau. Der Aktienumsatz bezifferte sich auf 1 010 000 Stück.

New-York, 14. August. (Privat-Telegramm.)

	14.8.	13.8.		14.8.	13.8.
Tendenz f. Geld	flüssig	flüssig	N.-Y. Hudson River	—	—
Geld a. 24 Stunden	2½	4	N. Y. Central	73½	73½
Geld a. 24 Stunden i. D.	4	4	N.-Y. Ontario West	19	20
Wechs. a. Berlin (Sicht)	5½	5¾	Norfolk u. Western	100	100½
do. a. Paris (Sicht)	7,84	7,76	Northern Pacific	69½	69¾
do. a. London (60 T.)	4,28	4,2850	Pennsylvania	43½	43½
do. Cable Transfers	4,3125	4,3225	Reading	78½	79½
Silber Bullion	112½	113	Chic. R. Isl. Pac. Railw.	24½	24½
North. Pacific 3% Bds.	—	—	Southern Pacific	96½	96¾
St. Louis u. S. Franc. Pr. I.			do. Railway	25½	25¾
Mortgage 6% Bonds, S. A.	—	—	Southern Railway pref.	62½	62
St. Louis u. S. Franc. Inc.	—	—	Union Pacific	122½	123¼
Mortg. 6% Bds. Ser. A.	—	—	do. pref.	—	—
St. Louis u. S. Franc. 6% Adjustment Bonds	—	—	Wabash pref.	31	30½
South. Pacific c. M. S. Bds.	—	—	Western Maryland	—	—
Atchison Top. u. St. Fé	90½	91	American Can	51½	52
Baltimore u. Ohio	41	40¾	Amer. Car u. Foundry	125½	128
Canadian Pacific	155½	154¾	American Locomotive	—	—
Chesapeake u. Ohio	58½	57	American Sugar Ref.	—	—
Chicago, Milwaukee	42	42½	Anac. Copper Mining	66	67½
Denver u. Rio Grande	9½	9½	Bethlehem Steel	84½	86½
Erie	16	16½	Central Leather	97	100½
Erie 1st. pref.	25	25½	Consolidated Gas	—	—
Great Northern pref.	83½	88	General Electric	—	—
Great Northern Ore Cert.	—	—	Internat. Harvester	—	—
Illinois Central	94	94	Intern. Mercant. comm.	52½	55½
Interborough Consol.	6¼	6½	do. do. pref.	112½	114
Lehigh Valley	—	—	National Lead	—	—
Louisville u. Nashv.	110	110	Republ. Iron u. Steel	—	—
Missouri, Kans. u. Texas	13¾	14½	Unit. Stat. Steel Corp.	101½	103½
Missouri Pacific	28	28¾	do. do. pref.	115	115
Nat. Railw. Mexiko pr.	8	8	Utah Copper	—	—
			Virg. Carolina Chem.	—	—

New-York, 14. August. (Privat-Telegramm.) Baumwolle loco middling 31,00 (31,85), per August 2885 (3080), per September 30,20 (31,02), per Oktober 30,50 (31,32). New-Orleans loco middling 30,88 (31,38).

Chicago, 14. August. (Privat-Telegramm.) Mais per September 183 (181¾), per Dezember 149⅞ (152⅝). Schmalz per September 29,20 (31,12), per Oktober 29,62 (30,92).

* An der Börse

war die Stimmung heute sehr lustlos, die Haltung selbst schwäche[illegible] da die Streikbewegung in Oberschlesien und der weitere Rückgan[illegible] deutschen Kriegsanleihe stark verstimmten. Die Ermattung der [illegible] schen Valuta im neutralen Auslande veranlasste bald nach Ver[illegible] eröffnung eine neuerliche Aufwärtsbewegung in Auslandswerten. Montanaktienmarkt waren bei stillem Geschäft nur ge[illegible] Preisveränderungen zu beobachten. Schwächere Haltung zeigten [illegible] wähl., Gelsenkirchener und Deutsch-Luxemburger Aktien. Sch[illegible] fahrtsaktien waren vernachlässigt und gaben vorwiegend [illegible] im Kurse nach. Hansa-Dampfer-Aktien verloren 2 pCt. In Elek[illegible] werten kam es infolge kleiner Käufe zu Preisbesserungen mä[illegible] Umfanges. Von chemischen Papieren büßten die Aktien [illegible] Akt.-Ges. für Anilinfabrikation 2½ pCt. im Kurse ein. Unter de[illegible] variablen Kursen gehandelten Auslandswerten konnten [illegible] bahnaktien etwa 9 pCt. im Kurse gewinnen, auch die Aktien der [illegible] kischen Tabakregie wurden etwas höher bezahlt. Im Verlau[illegible] Börse kam ausgehend vom Montanaktienmarkt, wo Phönix- und R[illegible] stahlaktien bevorzugt waren, allgemein eine etwas festere Tendenz [illegible] Durchbruch. Die Geschäftstätigkeit blieb aber auch späterhin rech[illegible]

Gegen Schluss der Börse wurde die Tendenz allgemein [illegible] ausgehend von der später eintretenden erheblichen Kurserhöhung [illegible] Kriegsanleihe 79⅝), die heute in grösserem Umfange von dem Stütz[illegible] konsortium aufgenommen worden sein soll.

Variable Kurse.

	14. 8.	Heutige Kurse.				14. 8.	Heutige Ku[illegible]
Lombard.	19½	19½	—	—	Ob.-Eis.-B.	124½	124¾
Fr. Henry	304	—	—	—	O. Bis.-Ind.	126	125½
Orienth.	278	275½	276	284	283	Phönix	174¾	174½
Schantg	129¾	130	129¾	—	—	Rhein St.	130	125
Ostpr. Eis.	126½	—	—	—	—	Rombach.	155	156
Gest. Kred.	97½	—	—	—	—	A. f. Anil.	230	227½
Türk Tab.	521	518	—	522	—	Bad.	354½	354
D. Anstral.	155	—	—	—	—	Bib. Farb.	284½	—
Ubg. Pak.	100	99¾	—	—	100	Höchster	228	229¾
„ Südam.	172½	—	—	—	—	A B G	158½	158½
Hansa	225½	223½	—	—	—	Bergmann	131	—
Nd. Lloyd	101¾	—	—	101	101¼	Siem. u. H.	—	150½
Bismarck	199	198½	—	199½	200	Schuckert	—	117¾
Bochumer	172½	172½	—	—	173	Felt. Guill.	162	162¾
Dt. Lux. B.	141½	140½	140	—	141	Gb. Böhler.	—	—
Gelsenk.	167½	165½	—	166	167¼	Dt. Waffen	167¾	167¾
Harpener	157	157¾	—	—	—	Hirsch K.	121	120½
Hohenlohe	—	107½	—	—	—	V. Köln-R.	169	168½
Kattowitz	—	—	—	—	—	Oranienstr.	167	—
Laura	144½	145	—	—	—	Rhein. Mes.	172	—
Lothr. Hüt.	156½	149½	—	—	—	Daimler	195	192
Mannesm.	175	175	—	—	—	Dt. Kali	175½	—

Kurse Berliner Bankaktien: Commerzbank 1[illegible] Disconto-Gesellschaft 154¼, Nationalbank 98, Mitteldeutsche Kredit 112, Darmstädter Bank 105¾, Deutsche Bank 192⅝, Dresdner Bank [illegible] Handelsgesellschaft 51⅞.

Am Markte der mit Einheitskursen notierten Papiere die Haltung heute vormittag vorwiegend fest. Höher notiert we[illegible] u. a. die Aktien der Flöter Maschinenfabrik 4 pCt., Merkur-Wolle 6 [illegible] Blumwe Maschinenfabrik 5 pCt., Hirschberger Lederfabrik 7½ [illegible] Deutsche Babcock und Wilcoxwerke 7 pCt., Zeitzer Maschinenf[illegible] 4 pCt., Wanderer-Werke 4 pCt. und Bremer Linoleumwerke 4⅝ [illegible] Niedriger stellten sich dagegen die Aktien der Arnsdorfer Pa[illegible] fabrik 5 pCt., Meguin 18 pCt. (gegen die letzte Notiz). Chemische F[illegible] Gelsenkirchen 6 pCt., Kirchner 4 pCt., Plauener Tüllfabrik 4 pCt. [illegible] Rasquin 5 pCt.

Im freien Verkehr kam es zu lebhaften Umsätzen [illegible] Petroleumwerten, die anfangs allgemein schwächer, w[illegible] jedoch kräftig erholt. Auch die älteren, die zum grössten Teil auf [illegible] niedriger waren, konnten im Verlauf der Börse ihren Kursstand [illegible] bessern. Oesterreichische und ungarische Renten wurden unbedeu[illegible] niedriger, russische Anleihen und Prioritäten dagegen allgemein e[illegible] höher. Am Markte der ausländischen Coupons waren wieder P[illegible] erhöhungen zu beobachten. 4½proz. serbische, chinesische Gold- [illegible] rumänische Coupons waren bevorzugt.

Telegraphische Auszahlungen	15 8. Geld	Brief	14. 8 Geld	Brief	Telegraphische Auszahlungen	15 8. Geld	Brief	14. [illegible] Geld	[illegible]
Holland... G.	730	730½	705	705½	Wien.... Kr	42,45	42,55	42,45	[illegible]
Kopenhag. Kr.	419	419¾	411	411½	Budapest Kr.	—	—	—	[illegible]
Stockholm Kr.	470	470½	460	460½	Konstantinop.				
Christiania Kr.	445	445½	435	435½	7. F	—	—	—	—
Helsingfors	148½	148¾	110½	111½	Madrid.... Pt	340	341	335	[illegible]
Schweiz... Fr.	334	334½	329	329½	Barcelona				

*** Berliner Produktenverkehr.** Für das morgen offi[illegible] beginnende Hafergeschäft liegen bei hiesigen Kommissionären [illegible] Agenten schon ziemlich viele Verkaufs- und Kaufaufträge vor. [illegible] Preise sind noch unregelmässig, aber je näher die Lieferung, je hö[illegible] ist der Preis. Hülsenfrüchte sind in Viktoriaerbsen gefragt. Offe[illegible] von Wintersaatgetreide nehmen zu. Lupinen ruhig. Serradella [illegible] spätere Lieferung viel angeboten. Preise für den Zentner ab Sta[illegible] (nichtamtliche Angaben): Lupinen 24 bis 32 M., Serradella Novem[illegible] Januar 38—40 M., Heu 14—15 M., Stroh 4¼—4¾ M.

Kopenhagen, 14. August. Sichtwechsel auf Hamburg 23,75 [illegible] v. 13.: 23,25)

Stockholm, 14. August. Sichtwechsel auf Berlin 21 (K[illegible] 13.: 21,75).

Verantwortliche Redakteure: für innere Politik: B. Bruno Stü[illegible] Berlin; für auswärtige Politik: Josef Schwab-Berlin; für Lok[illegible] Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: i. V. Fritz Mudlée-Schöne[illegible] für das Feuilleton: i. V. Dr. Hermann Sternhof-Friedenau; für [illegible] Roman: Bernhard Zeller-Berlin; für die Handelszeitung: Dr. [illegible] Pinner-Wilmersdorf; für den übrigen Teil des Blattes: Albert [illegible] Charlottenburg; für die Inserate: Friedrich Mach-Berlin-Kreuz[illegible]
Druck und Verlag Rudolf Mosse in Berlin.